

---

FDP in Gießen

## EINE FRAGE DES RESPEKTS

09.05.2019

---

Die FDP Gießen zeigt sich bestürzt über die Ablehnung der Landesregierung, den Versicherungsschutz auch auf unverheiratete Lebenspartnerinnen und Lebenspartner von ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und –männer auszuweiten. Kürzlich hat der hessische Sozialminister Kai Klose (Grüne) ein Angebot der Unfallkasse diesbezüglich abgelehnt, sodass in diesen Fällen die Hinterbliebenen weiterhin versorgungslos bleiben. Der Vorsitzende der Freien Demokraten in der Stadt Gießen Dominik Erb zeigt sich darüber bestürzt: „Diese Absicherungslücke entspricht heute nicht mehr der Lebenswirklichkeit und ist den Feuerwehrleuten nicht zu vermitteln. In Sonntagsreden hört man Verantwortliche zu gerne über die Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements in den Feuerwehren reden, aber wenn es dann um reale Verbesserungen geht, lassen diese die Ehrenamtlichen im Stich. Das kann und darf nicht sein!“

Die zusätzliche Absicherung der Lebenspartner würde 37.500€ zusätzlich kosten. Begründet wird diese, für die FDP unverständliche Ablehnung durch die Hessische Landesregierung mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

„Es ist das absolute Minimum an Respekt, dass sich ehrenamtliche Feuerwehrfrauen und –männer darauf verlassen können müssen, dass ihre Lebenspartner – unabhängig vom rechtlichen Status der Partnerschaft – im schlimmsten Fall abgesichert sind. Das muss uns 37.500€ wert sein, denn das, was diese Menschen vor Ort leisten, ist in Geld gar nicht aufzuwiegen“, so Erb abschließend.

Die FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Gießen setzt sich daher für ein Umdenken in der Landesregierung ein. Die FDP hat daher einen Antrag eingereicht, in dem die Stadtverordnetenversammlung die Landesregierung zum Handeln auffordert. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Klaus Dieter Greilich dazu: „ Als Stadt stehen wir in der Verantwortung für unsere Feuerwehrangehörigen und müssen uns gegenüber der Landesregierung für die Interessen unserer Ehrenamtlichen stark machen und die

bestehende Versorgungslücke zu schließen. Sonntagsreden reichen nicht – jetzt muss gehandelt werden!“.